



SATZUNG

vom 12. April 2008

	ab Seite
Inhaltsverzeichnis	1
§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr	2
§ 2 Vereinszweck, Gemeinnützigkeit, Vereinsämter	2
§ 3 Verbandszugehörigkeit	3
§ 4 Mitgliedschaft	3
§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft	4
§ 6 Beiträge	5
§ 7 Organe des Vereins	5
§ 8 Der Vorstand	6
§ 9 Die Zuständigkeit des Vorstandes	7
§ 10 Beschlussfassung des Vorstandes	8
§ 11 Die Mitgliederversammlung	8
§ 12 Einberufung der Mitgliederversammlung	9
§ 13 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung	9
§ 14 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung	10
§ 15 Außerordentliche Mitgliederversammlungen	10
§ 16 Kassenprüfer	11
§ 17 Clubs	11
§ 18 Haftung	11
§ 19 Ehrungen	11
§ 20 Auflösung des Vereins	12
§ 21 Gerichtsstand	12
§ 22 Inkrafttreten der Satzung	12

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

1) Der am 1. Oktober 1982 in Bamberg gegründete Bowlingverein führt den Namen

Allgemeiner Bowlingverein Hallstadt e. V. (ABV)

2) Der Verein hat seinen Sitz in Hallstadt. Er ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Bamberg unter der VR-Nr. 604 eingetragen.

3) Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Vereinszweck, Gemeinnützigkeit, Vereinsämter

1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

2) Zweck des Vereins ist die körperliche und charakterliche Ertüchtigung seiner Mitglieder und Pflege und Förderung des sportlichen Bowlings auf breiter Grundlage.

3) Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.

4) Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

5) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins keine Beiträge zurück. Sie haben auch keinen Anspruch auf das Vereinsvermögen.

6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

7) Die Vereinsämter sind Ehrenämter.

8) Die Farben des Vereins sind weiß-rot.

9) Eine Änderung im Status der Gemeinnützigkeit zeigt der Verein dem Bayer. Landes-Sport-Verband e. V., den Fachverbänden seiner Abteilungen und dem für ihn zuständigen Finanzamt für Körperschaften an.

§ 3

Verbandszugehörigkeit

Der Verein gehört dem Bayerischen Sportkegler Verband e. V. (BSKV), der Deutschen Bowling Union e. V. (DBU) und dem Bayerischen Landessportverband (BLSV) als Mitglied an. Er selbst und seine Mitglieder sind den Satzungen dieser Verbände unterworfen.

§ 4

Mitgliedschaft

- 1) Dem Verein gehören folgende ordentliche Mitglieder an:
 - a) aktive Mitglieder über 18 Jahre
 - b) jugendliche Mitglieder 14 - 18 Jahre
 - c) Kinder bis 14 Jahre
 - d) passive Mitglieder
 - e) Ehrenmitglieder
- 2) Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede männliche oder weibliche Person werden. Minderjährige bedürfen der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters.
- 3) Die Mitgliedschaft kann durch schriftlichen Antrag erworben werden. Hierzu sind die vom Verein vorgedruckten Aufnahmeformulare zu verwenden.
- 4) Mit dem Antrag erkennt der Bewerber für den Fall einer Aufnahme die Satzung an und hat die gültige Aufnahmegebühr zu bezahlen.
- 5) Über die Aufnahme beschließt der Vorstand mit einfacher Stimmenmehrheit.
- 6) Die Ablehnung eines Aufnahmegesuches ist schriftlich mitzuteilen. Sie braucht nicht begründet zu werden.
- 7) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder ab dem vollendeten 18. Lebensjahr. Jüngere Mitglieder können an der Mitgliederversammlung teilnehmen.
- 8) Als Vorstandsmitglieder sind Mitglieder ab dem vollendeten 18. Lebensjahr anwählbar.

§ 5

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet:

- a) mit dem Tod des Mitgliedes.
 - b) durch freiwilligen Austritt.
 - c) durch Streichung von der Mitgliederliste.
 - d) durch Ausschluß aus dem Verein.
-
- 1) Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluß eines Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat zulässig.
 - 2) Ein Mitglied kann durch Beschluß des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.
 - 3) Ein Mitglied kann aus dem Verein ausgeschlossen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ausschließungsgründe sind insbesondere:
 - a) grobe Verstöße gegen Satzung und Interessen des Vereins sowie gegen Beschlüsse und Anordnungen der Vereinsorgane.
 - b) unehrenhaftes Verhalten innerhalb und außerhalb des Vereins.
 - 4) Der Ausschluss kann nur durch den Vorstand beschlossen werden. Der Vorstand entscheidet mit 2/3 Mehrheit.
 - 5) Vor der Beschlußfassung hat das betroffene Mitglied Anspruch auf rechtliches Gehör. Der leitende Gedanke des Ausschlußverfahrens muß sein, fair zu handeln. Dazu gehört auf alle Fälle, daß dem Mitglied eröffnet wird, welche Vorwürfe gegen es erhoben werden und daß ihm die Gelegenheit gegeben wird, sich dazu zu äußern. Die „Anklage“ darf sich nicht nur in allgemeinen Behauptungen wie z. B. „unsportliches Verhalten“ erschöpfen, sondern muß die Tatsachen erkennen lassen, in denen der Ausschließungsgrund gefunden wird. Das Mitglied kann sich unter Setzung einer gemessenen Frist persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich rechtfertigen.
 - 6) Der Beschluß über den Ausschluß muß eine Begründung enthalten. Die Begründung muß, wenn auch in aller Kürze, so gehalten sein, daß das betroffene Mitglied die Vorgänge, auf die sich der Beschluß stützt, in eindeutiger Weise erkennen kann. Dieser ist mittels eingeschriebenem Brief bekanntzumachen.

- 7) Das Mitglied scheidet erst dann aus dem Verein, wenn es entweder von dem vereinsinternen Rechtsmittel keinen Gebrauch gemacht hat oder wenn die zweite Vereinsinstanz den Ausschluß bestätigt hat.
- 8) Gegen den Ausschließungsbeschluss des Vorstandes steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu. Die Berufung muß innerhalb eines Monat ab Zugang des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand eingelegt werden. Macht das Mitglied von dem Recht der Berufung gegen den Ausschließungsbeschluss keinen Gebrauch oder versäumt es die Berufungsfrist, so unterwirft es sich damit dem Ausschließungsbeschluss mit der Folge, daß die Mitgliedschaft beendet ist.

§ 6

Beiträge

- 1) Die Mitglieder haben eine einmalige Aufnahmegebühr zu zahlen. Die Höhe des Jahresbeitrages wird von der Mitgliederversammlung bestimmt.
- 2) Der Mitgliedsbeitrag ist ein Jahresbeitrag. Er ist bis spätestens 25. Januar zu bezahlen.
- 3) Für die Beitragszahlung ist der unbare Zahlungsverkehr möglichst per Lastschriftverfahren vorzunehmen, in Ausnahmefällen per Dauerauftrag.
- 4) Sonstige personenbezogene Kosten (wie Fachmiete, verauslagte Startgebühren etc.) werden jeweils um den Fälligkeitstermin von dem schriftlich letztbenannten Konto des Mitglieds abgebucht.
- 5) Eventuelle Bankspesen bei Rückbuchung des Mitgliedsbeitrages (z. B. Konto nicht gedeckt), oder dergleichen, sind vom Mitglied zu bezahlen.
- 6) Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 7

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

- 1) Die Organe des Vereins sind bei ordnungsgemäßer Einberufung beschlußfähig:
 - der Vorstand, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder erschienen sind.
 - die Mitgliederversammlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.

- 2) Alle Beschlüsse der Organe werden, soweit das Gesetz nicht zwingend und soweit diese Satzung nicht eine andere Mehrheit vorschreibt, mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.
Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten als nicht abgegebene Stimmen und werden bei der Berechnung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen nicht gezählt. Bei Stimmengleichheit kann die Debatte über den abgelehnten Punkt erneut eröffnet und es kann erneut abgestimmt werden; dies gilt nicht für den Vorstand.
Auch bei Wahlen entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Stehen zwei Kandidaten zur Wahl und erhalten sie die gleiche Stimmzahl, so findet eine weitere Abstimmung statt. Stehen mehr als zwei Kandidaten zur Wahl und kann keiner von ihnen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, so findet zwischen den beiden Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten, eine Stichwahl statt.

- 3) Alle Abstimmungen werden durch Handabstimmung durchgeführt. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

- 4) Über die Beschlüsse und Wahlen der Organe ist eine Niederschrift anzufertigen. Die Niederschrift haben der Versammlungsleiter und der Protokollführer zu unterzeichnen.

- 5) Die Organe des Vereins können sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 8

Der Vorstand

- 1) Der Vorstand der für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt wird, besteht aus:
 - a) dem Vorsitzenden
 - b) dem stellvertretenden Vorsitzenden
 - c) dem Kassierer
 - d) dem Schriftführer
 - e) dem 1. Sportwart
 - f) dem 1. Jugendwart
 - i) dem Pressewart

Der Vorstand bleibt jedoch bis zur Neu- oder Wiederwahl im Amt.

- 2) Der Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende. Jeder ist alleinvertretungsberechtigt.
- 3) Im Innenverhältnis wird bestimmt, dass der stellvertretende Vorsitzende nur bei Verhinderung des Vorsitzenden tätig werden darf.

§ 9

Die Zuständigkeit des Vorstandes

- 1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind.
- 2) Er erledigt die laufenden Vereinsangelegenheiten, insbesondere obliegt ihm die Verwaltung des Vereinsvermögens.
- 3) Die Mitglieder des Vorstandes können eine Geschäftsverteilung vornehmen, so dass sie für bestimmte Aufgabengebiete allein verantwortlich sind und selbst entscheiden können.
- 4) Im Innenverhältnis ist der Vorstand an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.
- 5) Der Vorstand kann mindestens einmal monatlich einberufen werden.
- 6) Beim vorzeitigen Ausscheiden eines Vorstandmitgliedes ergänzt sich der Vorstand durch Zuwahl selbst.
- 7) Für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied muß in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl vorgenommen werden. Die Amtsdauer des neugewählten Vorstandsmitgliedes endet mit der Amtsdauer des gesamten Vorstandes.

§ 10

Beschlussfassung des Vorstandes

- 1) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich, per Telefon oder per E-Mail einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von drei Tagen einzuhalten. Einer Mitteilung der Tagesordnung bedarf es nicht. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu Beweis Zwecken in ein Beschlußbuch einzutragen und vom Sitzungsleiter zu unterschreiben. Die Niederschrift soll Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer, die gefaßten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten.
Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefaßt werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären. Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

§ 11

Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied - auch ein Ehrenmitglied - eine Stimme. Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Angelegenheiten zuständig:

- 1) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr.
- 2) Entgegennahme der Jahresberichte des Vorstandes.
- 3) Entlastung des Vorstandes.
- 4) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes.
- 5) Wahl der zwei Kassenprüfer
- 6) Festsetzung der Höhe der Aufnahmegebühr und des Jahresbeitrages.
- 7) Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins.
- 8) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstandes.

9) Ernennung von Ehrenmitgliedern.

In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereiches die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.

§ 12

Einberufung der Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
- 2) Die Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt.
- 3) Sie wird vom Vorsitzenden unter Einhaltung einer Ladungsfrist von zehn Tagen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt ab dem Tage der Abgabe zur Post. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagungsordnung setzt der Vorstand fest.

§ 13

Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

- 1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuß übertragen werden.
- 2) Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muß schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der erschienenen stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.
- 3) Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beschließt die Mitgliederversammlung.
- 4) Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder.

- 5) Die Mitgliederversammlung faßt Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von neun Zehnteln erforderlich. Eine Änderung des Zwecks des Vereins kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden.
- 6) Für Wahlen gilt Folgendes: hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.
- 7) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen muss der genaue Wortlaut angegeben werden.

§ 14

Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

- 1) Jedes Mitglied kann bis spätestens acht Tage vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, daß weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Anträge sind unverzüglich am Schwarzen Brett des Vereinslokales auszuhängen.
- 2) Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen.

§ 15

Außerordentliche Mitgliederversammlungen

- 1) Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muß einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Drittel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird.
- 2) Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 12, 13, 14 und 15 entsprechend.

§ 16

Kassenprüfer

- 1) Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer für zwei Jahre. Sie dürfen keine Vorstandsmitglieder sein.
- 2) Die Aufgabe der Kassenprüfer ist:
 - a) laufende Überwachung der Kassengeschäfte des Vereins.
 - b) über das Ergebnis ist der Mitgliederversammlung zu berichten.
 - c) Prüfung des Jahresabschlusses.
 - d) außerordentliche Kassenprüfungen vorzunehmen.

§ 17

Clubs

- 1) Im Verein gibt es nur zwei aktive Clubs mit Mannschaften für den Ligabetrieb (sportliche Wettkämpfe): einen Herrenclub und einen Damenclub.

§ 18

Haftung

- 1) Der Verein haftet für Unfälle und Schäden, nur im Rahmen der allgemeinen Sportversicherung. Darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen. Für mutwillig entstandene Schäden und für Verluste persönlicher Art besteht keine Haftung.
- 2) Für die Verbindlichkeiten des Vereins haftet der Verein mit seinem Vereinsvermögen.
- 3) Eine persönliche Haftung für Verbindlichkeiten des Vereins besteht nicht.

§ 19

Ehrungen

- 1) Für besondere Verdienste um den Verein bzw. um den Sport im Allgemeinen können verliehen werden:
 - a) die Vereinsnadel in Silber für fünfundzwanzigjährige ununterbrochene Vereinszugehörigkeit,
 - b) die Vereinsnadel in Gold für dreißigjährige ununterbrochene Vereinszugehörigkeit und

- c) die Eigenschaft als Ehrenmitglied für vierzigjährige ununterbrochene Vereinszugehörigkeit oder für besondere Verdienste um den Verein bzw. um den Sport im Allgemeinen.

Eine Verleihung ist auch an Nichtmitglieder möglich.

- 2) Die Ehrungen werden vom Vorstand beschlossen.
- 3) Die Jahre der Mitgliedschaft zählen ab der aktiven Mitgliedschaft im Verein und wird ab dem 16. Lebensjahr gezählt.

§ 20

Auflösung des Vereins

Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stadt Hallstadt, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

§ 21

Gerichtsstand

Der Gerichtsstand ist Bamberg.

§ 22

Inkrafttreten der Satzung

Vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung am 23. November 2002 beschlossen. Sie tritt mit Eintragung im Vereinsregister Bamberg in Kraft.

In der Mitgliederversammlung am 12. April 2008 wurde der § 8 abgeändert. Der 2. Sportwart und der 2. Jugendwart wurden ersatzlos gestrichen.